



Redaktion:
Arno Ulrichs &
Udo Grubert

Impressum: Herausgeber Landesverband **FREIE WÄHLER NIEDERSACHSEN**
V.i.S.d.P. Arno Ulrichs, Leeger Weg 42, 26632 Simonswolde, arno.ulrichs@ewetel.net

Kommunal Finanzen verlässlich sichern. Ein Beitrag zur aktuellen Situation.



Die Städte und Gemeinden im Landkreis Wesermarsch stehen - mit Ausnahme der Gemeinde Lemwerder - Hohe Gewerbesteuererinnahmen! - finanzwirtschaftlich mit dem Rücken zur Wand! Finanzielle Spielräume für freiwillige Aufgaben sind schon lange nicht mehr vorhanden. Diskussionen über die

Einführung neuer kommunaler Steuerquellen wie in Gemeinden anderer Bundesländer („Bettensteuer“, Kulturförderabgabe) gibt es in der Wesermarsch noch nicht, diese würden aber auch das Grundproblem der kommunalen Finanzkrise nicht lösen.

Die schwarz-gelbe Regierungskoalition in Berlin hat am 24. Februar 2010 beschlossen, eine „Kommission zur Erarbeitung von Neuvorschlägen zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung“ einzuberufen. Die Kommission sollte u.a. auch den aufkommensneutralen Ersatz der Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer mit eigenem Hebesatz prüfen

Die gesamte Reform der Gemeindefinanzen ist beim Spitzentreffen der Koalition gerade auf 2011 verschoben worden. Die Abschaffung der Gewerbesteuer soll dabei vom Tisch sein, oder? Die FDP murrte noch dagegen. Wenn auch 2011 keine nachhaltige Finanzreform zugunsten der kommunalen Ebene verabschiedet wird ist dies das endgültige Todesurteil für die grundgesetzlich garantierte (!) kommunale Selbstverwaltung! Die Städte und Gemeinden können dann nicht mehr die Garanten für die soziale Daseinsvorsorge sein! Es ist nun Aufgabe der unabhängigen Wählergemeinschaften, diese durch das etablierte Parteiensystem verursachte Lage den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort - auch im Hinblick auf die Kommunalwahlen 2011 - deutlich zu machen. **Bernd Bremermann**
(Vorsitzender Bürgerforum Berne Wesermarsch)

Spendenaktion im Harz

In der „Goslarschen Zeitung“ erschien am 19.11.2010 folgende Notiz:

Freie Wähler sammeln Spielzeug

HARZ. Um Kindern aus wenig begüterten Familien zu Weihnachten eine Freude zu bereiten, suchen die Freien Wähler im Landkreis Goslar Spielzeug und Süßigkeiten. Von einem Weihnachtsmann sollen die guten Gaben am Heiligabend überreicht werden, teilt Hans-Wolfgang Levy aus Vienenburg mit. Wer etwas spenden möchte, kann sich bei ihm melden, Telefon (05324) 78 79 58.



Der Erfolg dieser Meldung war überwältigend. Ich habe innerhalb von drei Tagen große Mengen Spielzeug Kleidung und Süßwaren erhalten. Die Veröffentlichung in den regionalen Werbemitteln steht noch aus. Zum Verteilen habe ich einen Saal zur Verfügung gestellt bekommen. Es wird eine kleine Weihnachtsfeier geben, bei der die Geschenke verteilt werden. Natürlich in Anwesenheit der Presse. Ich halte eine solche Vorgehensweise für eine gute Ergänzung zu anderen Aktionen.

Wir **FREIE WÄHLER** haben damit erreicht, dass man uns als sozial und bürgernah wahrnimmt.



Mein Esszimmer nach 3 Tagen!
Bericht Hans-Wolfgang Levy, Vienenburg.

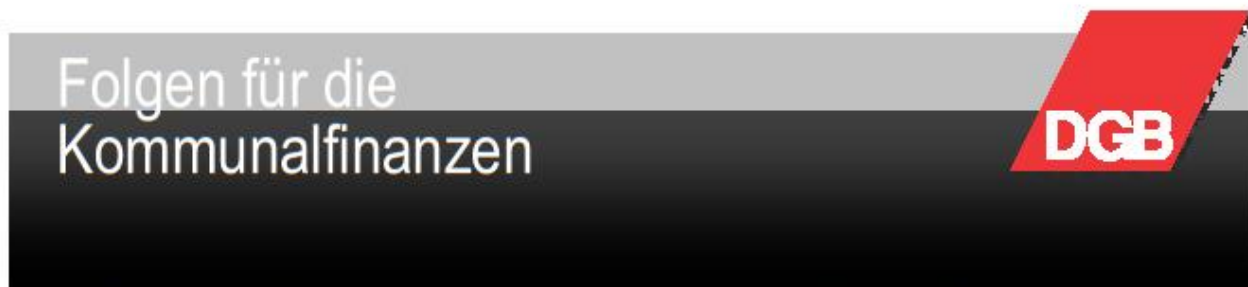
DGB zu den niedersächsischen Kommunal финанzen

Zu den Auswirkungen von Finanzkrise und Finanzpolitik auf die kommunalen Haushalte Niedersachsens und Deutschlands hat Dr. Patrick Schreiner (Abteilung Wirtschaft des DGB-Bezirks Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt) eine aufschlussreiche Präsentation erarbeitet. Die nachstehende Grafik ist mit freundlicher Genehmigung des Verfassers daraus entnommen – die gesamte Präsentation ist zu finden unter <http://www.niedersachsen.dgb.de/themen/wirtschaft/>

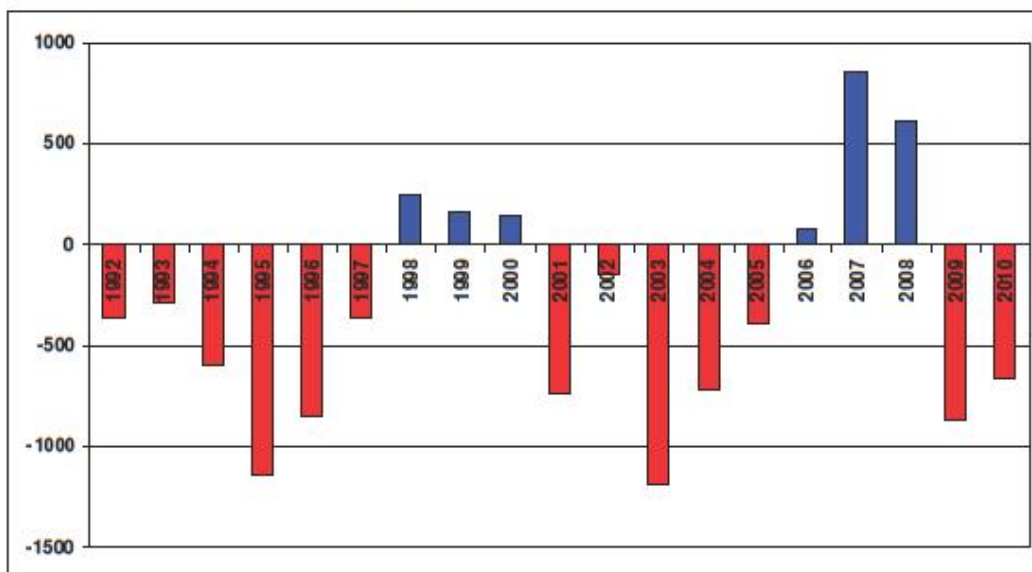
Stellungnahmen_Positionen_Dokumentationen_Pressemitteilungen

Grafik siehe nachfolgende Seite

Quelle: DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt



- Kumuliertes Saldo der niedersächsischen Kommunalhaushalte in Mio. Euro; 2010 = Schätzung; Quelle: LSKN, eigene Berechnung und Darstellung



Dr. Patrick Schreiner, Abteilung Wirtschaft – Umwelt – Europa, DGB Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, patrickschreiner@dgb.de

16

Neujahrsempfang der FREIEN WÄHLER Niedersachsen

Auftakt ins Kommunalwahljahr

8. Januar 2011 in Hannover!

Genaueres in Kürze auf www.fw-niedersachsen.de



FREIE WÄHLER gegen Belastungen der Bürger Hubert Aiwanger fordert ein Bundesleistungsgesetz

Vor dem Hintergrund der Rekord-Kommunalverschuldung mit erwarteten 14 Milliarden Euro Defizit bei den deutschen Kommunen im Jahr 2010 fordert FREIE WÄHLER-Vorsitzender Hubert Aiwanger einen radikalen Kurswechsel in puncto Kommunalfinanzierung.

Aiwanger fordert ein Bundesleistungsgesetz, um die kommunalen Finanzprobleme in den Griff zu bekommen und gerecht zu verteilen: „Es kann so nicht weitergehen, dass der Bund ständig neue Nettigkeiten beschließt, die Länder den ausgeglichenen Haushalt anstreben und die Kommunen den Magenschuber abbekommen. Wir brauchen eine abgestimmte Politik zwischen allen Ebenen. Die Misswirtschaft in Bund und Land von Landesbankpleiten über Rettungsaktionen für Großbanken bis hin zu Milliarden-Großprojekten und Betrug im Gesundheitswesen haben zu der Haushaltschiefelage geführt, die jetzt über Mehrbelastungen voll auf die Bürger durchschlägt.“



Hubert Aiwanger MdL

Weihnachts-Zeit

Zeit, innezuhalten und das vergangene Jahr Revue passieren zu lassen, das mit Höhen und Tiefen, aber auch einigen Überraschungen wie im Fluge verging. Zeit natürlich auch, nach vorne zu schauen, neue Ziele zu formulieren – um sie zuversichtlich zu realisieren. Gelegenheit, Danke zu sagen. Zeit für die besten Wünsche:

Frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr!

Kommunal финанzen im Internet

Im Internet finden sich zahlreiche Angaben zu kommunalen Finanzen. Hier einige besonders wichtige Links:

Das Online-Nachschlagewerk Wikipedia informiert über grundsätzliche Sachverhalte und Strukturen der Kommunalfinanzen in Deutschland unter

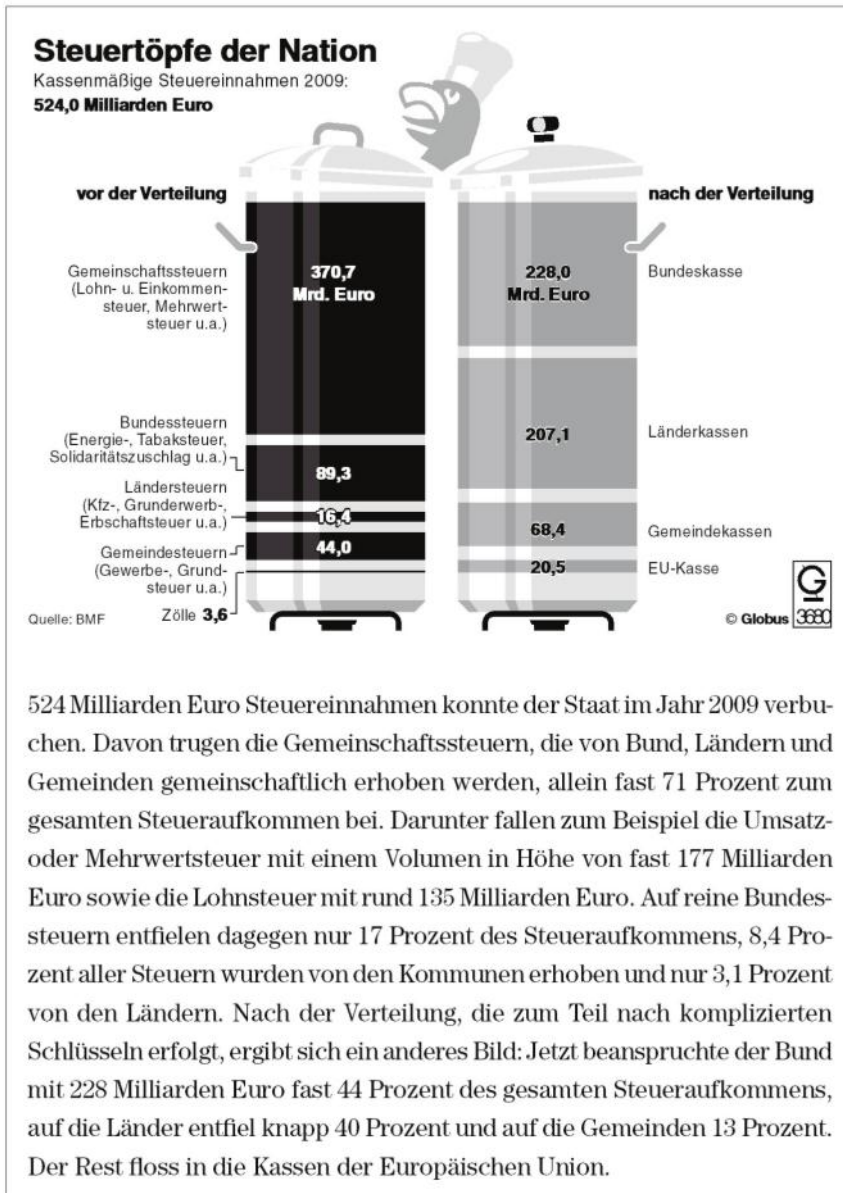
<http://de.wikipedia.org/wiki/Kommunalfinanzen>

Beim Internetportal "Wegweiser Kommunen" (Bertelsmann-Stiftung) finden sich für fast alle Kommunen ausgewählte Daten auch zur finanziellen Situation (Haushaltsstruktur, Einnahmen, Ausgaben, Verschuldung, ...):

<http://www.wegweiser-kommune.de/themenkonzepte/finanzen/Finanzen.action?>

Übersichten zu den kommunalen Finanzen in Niedersachsen sind schließlich zu finden beim Internet-Auftritt des Statistischen Landesamtes:

http://www.nls.niedersachsen.de/html/kommunen_im_blick.html



524 Milliarden Euro Steuereinnahmen konnte der Staat im Jahr 2009 verbuchen. Davon trugen die Gemeinschaftssteuern, die von Bund, Ländern und Gemeinden gemeinschaftlich erhoben werden, allein fast 71 Prozent zum gesamten Steueraufkommen bei. Darunter fallen zum Beispiel die Umsatz- oder Mehrwertsteuer mit einem Volumen in Höhe von fast 177 Milliarden Euro sowie die Lohnsteuer mit rund 135 Milliarden Euro. Auf reine Bundessteuern entfielen dagegen nur 17 Prozent des Steueraufkommens, 8,4 Prozent aller Steuern wurden von den Kommunen erhoben und nur 3,1 Prozent von den Ländern. Nach der Verteilung, die zum Teil nach komplizierten Schlüssel erfolgt, ergibt sich ein anderes Bild: Jetzt beanspruchte der Bund mit 228 Milliarden Euro fast 44 Prozent des gesamten Steueraufkommens, auf die Länder entfiel knapp 40 Prozent und auf die Gemeinden 13 Prozent. Der Rest floss in die Kassen der Europäischen Union.

SPD macht kommunale Finanzkrise zum Thema im Landtag

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag bringt die kommunale Haushaltsmisere im Landtag zur Sprache. Mit einer umfangreichen „Großen Anfrage“ wird die Landesregierung in insgesamt 63 Fragen nach den Einzelheiten und den Ursachen für die drohende kommunale Handlungsunfähigkeit befragt.

„Die kommunalen Kassen sind leer. Nicht erst seit der Wirtschaftskrise klagen die Kommunen über stagnierende Einnahmen und gleichzeitig stetig steigenden Ausgaben“, erläuterte der SPD-Finanzpolitiker Dieter Möhrmann den Hintergrund der Anfrage am Donnerstag in Hannover. So stellte das niedersächsische Finanzministerium selbst fest, dass die Einnahmen der Kommunen trotz der Konjunkturspritzen um 2,6 Prozent zurückgegangen seien, gleichzeitig seien die Gesamtausgaben um 6,3 Prozent gestiegen. Die steuernahen Einnahmen wären sogar um 6,8 Prozent zurückgegangen. In der Folge dieser Entwicklung stiegen die Kassenkredite, also die „Kontoüberziehungen“, immer weiter an. Sie betragen landesweit fast fünf Milliarden Euro, im Jahre 2002 waren es noch zwei Milliarden Euro.

„Wir möchten wissen, inwieweit die Landesregierung für die Haushaltssorgen der Städte und Gemeinden mitverantwortlich ist, etwa durch Zustimmung zu Steuersenkungen oder durch Eingriffe in den kommunalen Finanzausgleich“, erläuterte Möhrmann. „Seit Jahren werden den Kommunen immer neue Verpflichtungen auferlegt, ohne dass die Einnahmen entsprechend steigen – im Gegenteil, diese Landesregierung hat sich noch an kommunalen Kassen bereichert.“ Über die Antwort der Landesregierung werden wir im nächsten **PUNKT** berichten.

4. Dezember 2010, fünf vor zwölf!

Die Positionen der Gebäude, die das Modell des Siegerentwurfs des Architektenwettbewerbs für den neuen Plenarsaal zeigte, sind fehlerhaft dargestellt und suggerieren eine kleinere bebaute Fläche als den Tatsachen entsprechend.

Der Platz der Göttinger Sieben würde nämlich nahezu vollständig bebaut, der Überweg über das Leinewehr nicht mehr frei zugänglich.

Wir glauben, dass diese Tatsachen nicht nur vielen Bürgern, sondern auch einigen Abgeordneten nicht bewusst sind.

Deshalb werden wir am Sonnabend, den 4. Dezember um fünf vor zwölf die Umrisse des geplanten Neubaus allen sichtbar machen. Flatterband und Luftballons werden Grundfläche und Fassadenhöhe zeigen – damit sich jeder ein Bild davon machen kann, was dort tatsächlich geschehen soll. Denn wenn erst die Bagger kommen, ist es zu spät! Deshalb:

Kommt alle zum Landtag!

Wir treffen uns um 11.00 Uhr und bauen auf,
die Kette steht um 11.55 Uhr.
Mit Glühwein und Keksen trotzen wir der Kälte
und dem Beschluß unseres Parlaments!

Bewahren und sparen!

Das Landtagsgebäude ist ein Baudenkmal. Der geplante Abriss des Plenarsaals zerstört die bauliche Einheit des Gebäudes, die der Architekt Dieter Oesterlen 1962 hergestellt hat.

Die einzelnen Maßnahmen der baulichen und energetischen Sanierung und behutsamen Modernisierung erfordern auch in den Folgejahren weniger Mittel als ein Neubau und tragen somit zur Stärkung des Landeshaushaltes bei.

Wir fordern:

1. Dass der Landtag die Entscheidung für den Abriss zurücknimmt. Nur so kann der Schaden für den Denkmalschutz in Niedersachsen noch abgewendet werden.
2. Den zügigen Beginn der längst überfälligen Instandsetzung mit Verweis auf die Erhaltungspflicht des Denkmaleigners.
3. Dass die für Abriss und Neubau vorgesehenen Mittel umgewidmet werden und ein Teil für eine behutsame Modernisierung des Plenarsaals verwendet wird.

hier können Sie Spenden!

Initiative Bürgerbeteiligung Landtag
Bürgerbüro Stadtentwicklung Hannover
Braunstraße 28 · Tel. 0511 / 700 09 34

Spendenkonto: Bauhütte Hannover e.V.
Kto 21747301 · BLZ 25010030 Postbank Hannover
Stichwort „Spende Plenarsaal“



 Initiative
Bürgerbeteiligung **Landtag**

Vernunft in die Rathäuser!



Kommunen in der Region Osnabrück und Emsland: Wirtschaftskrise hinterlässt Spuren

Die Wirtschaftskrise ist inzwischen spürbar in den Kassen der Städte und Gemeinden im Bezirk der Industrie- und Handelskammer (IHK) Osnabrück-Emsland angekommen. Das stellt die IHK in einer Studie fest. In den ersten drei Quartalen 2009 lagen die Netto-Gewerbesteuereinnahmen im IHK-Bezirk um 33 % unter dem Vorjahreswert. Die auf der Grundlage der amtlichen Statistik ermittelten Steuerrückgänge waren damit fast doppelt so hoch wie im Landes- und Bundesdurchschnitt.

Auch 2010 bleibt die Finanzlage in der Region stark angespannt. Bei der Gewerbesteuer erwarten nach der IHK-Umfrage 68 % der Gemeinden einen weiteren Einnahmerückgang.

Die komplette Studie "Haushaltsplanung 2010" gibt es als Download unter http://www.osnabrueck.ihk24.de/linkableblob/401032/data/IHK-Kurzstudie_Haushaltsplanung_2010-data.pdf

Cuxhaven mit Rekordverschuldung

Schwarz-Gelb untergräbt die kommunale Selbstverwaltung

„Vielen ist Cuxhaven ja als größtes deutsches Seebad bekannt. Man glaubt kaum, wie schlecht es der Stadt wirklich geht. Und Cuxhaven hat grundsätzlich kein Ausgabenproblem, weil man seit Jahren Sparbemühungen zeigt, sondern hauptsächlich ein Einnahmeproblem. Im Ergebnis ist der kommunale Haushalt in Cuxhaven seit Jahren eigentlich nicht genehmigungsfähig“, so Rüdiger Kurmann, Ratsmitglied der Wählergemeinschaft „Die Cuxhavener“ und Landesvorstandsmitglied der FREIEN WÄHLER.



Rüdiger Kurmann

Zur Erläuterung: Im Haushalt für das Jahr 2010 will Cuxhaven rund 80 Millionen Euro einnehmen. Dem stehen Gesamtausgaben von über 230 Millionen gegenüber. Darin enthalten sind die Fehlbeträge der Vorjahre mit rund 116 Millionen Euro. Das Jahresdefizit, das so genannte strukturelle Defizit, beträgt demnach rund 35 Millionen Euro.

Cuxhaven erhält eine Bedarfszuweisung von 3 Millionen Euro. Jeder, der nur ansatzweise rechnen kann, sieht ein, dass das nicht funktioniert. Es stellt sich also die Frage, wie machen die das in Cuxhaven überhaupt? Das Zauberwort lautet „Kassenkredite“. Das sind Kredite gemäß § 94 Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO), die vorübergehend zur rechtzeitigen Leistung der Ausgaben aufgenommen werden dürfen.

In § 94 NGO ist allerdings eine Obergrenze für die Kassenkredite festgelegt. Danach dürfen die Kassenkredite ein Sechstel der Haushaltseinnahmen nicht überschreiten. Zur Erinnerung: Cuxhaven hat Einnahmen von 80 Millionen Euro. Ein Sechstel wäre dann wohl nicht mehr als 14 Millionen Euro. Tatsächlich benötigt die Stadt Cuxhaven aber in 2010 Kassenkredite in Höhe rund 290 Millionen Euro. Das ist schlicht rechtswidrig.

Kurmann: „Cuxhaven ist natürlich ein Extrembeispiel. Aber vielen Kommunen in Niedersachsen geht es in der Tendenz ähnlich. Deshalb muss die Landesregierung jetzt dringend eine Perspektive für die Zukunft aller gefährdeten Kommunen erarbeiten. Unsere Wählergemeinschaft in Cuxhaven hat auch im Vorjahr bereits einen „Brandbrief“ an den damaligen Ministerpräsidenten Wulf geschickt, aber nicht mal eine Antwort erhalten.“

Haushalt 2010 am Beispiel der Samtgemeinde Scharnebeck.

Im Haushaltsjahr 2010 wurden Investitionen in Höhe von 1,2 Millionen Euro geplant. Davon sind allein rund 490 000 Euro für Maßnahmen für den Feuerchutz vorgesehen. In eine Mitgliedsgemeinde fließen ca. 324 000 Euro für eine Maschinenhalle der Freiwilligen Feuerwehr für ca. 210.000 EURO. Außerdem standen Planungs- und Grundstückskosten in Höhe von 114 000 Euro für den Neubau einer Zweifeld-Sporthalle an. Um in der Samtgemeinde alle geplanten Investitionen realisieren zu können, ist eine Kreditaufnahme in Höhe von 350 000 Euro notwendig. Bei einer Gesamtverschuldung von rund 6,7 Millionen Euro liegt die Pro-Kopf-Verschuldung der Bürger in der Kommune bei nunmehr 430 Euro.

Die Planungen für das Haushaltsjahr 2011 sind noch nicht in den Fachausschüssen besprochen worden und die Unterlagen stehen noch nicht zur Verfügung. Man kann davon ausgehen, dass die Pro-Kopf-Verschuldung weiterhin steigen wird. Für das Haushaltsjahr 2011 sind z.B. weitere Ausgaben für Bau einer Sporthalle über 1,9 Millionen EURO vorgesehen.

Es ist nicht möglich, dass alle Investitionswünsche der Mitgliedsgemeinden erfüllt werden, weil dann die Haushaltssatzung nicht mehr vom Landkreis genehmigt werden würde.

Haushalt in einer Gemeinde am Beispiel der Gemeinde Lüdersburg

In der Gemeinde Lüdersburg sind die Dorferneuerungsmaßnahmen abgeschlossen. Die Gemeinde hat keine eigenen Gebäude und nur wenig gemeindeeigene Flächen. Der evangelische Kindergarten hat Räume der Kirchengemeinde angemietet. Die Gemeinde zahlt anteilig dafür die Renovierungskosten.

Im Gemeinderat sind 9 Ratsmitglieder, die über die Ausgaben (Aufwendungen) für innere Verwaltungsangelegenheiten, Finanzverwaltung, Kindergarten, Spielplätze, Gemeindestraßen, Fremdenverkehr und freiwillige Zuschüsse für Freiwillige Feuerwehr, Sportverein und Senioren entscheiden.

Die Einnahmen (Erträge) setzen sich zusammen aus Grundsteuer A und B, Gewerbesteuer, Hundesteuer, Vergnügungssteuer, Kreisumlage, Samtgemeindeumlage und Gewerbesteuerumlage.

In der Gemeinde Lüdersburg wurde im Haushalt 2010 im Ergebnishaushalt geplant an ordentlichen Erträgen 416.400 EURO und an ordentlichen Aufwendungen 448.600 EURO. Der Fehlbetrag lag bei ca. 32.200 EURO.

Der Fehlbetrag setzt sich zusammen aus den geringer zu erwartenden Einnahmen aus der Einkommensteuer sowie durch den erhöhten Aufwand für Winterdienst 2009/2010 sowie dadurch fällige Straßenreparaturarbeiten.

Es ist wichtig, dass alle Möglichkeiten in Bezug auf Zuwendungen für Straßenausbau und z.B. Konjunkturprogramme ausgeschöpft werden.

Um den Fehlbetrag auszugleichen, wurden in der Gemeinde Lüdersburg die Grundsteuer A und B um 10 % (neu 330%) erhöht und die Gewerbesteuer um 20 % (neu 340 %) erhöht.

Die Erträge setzten sich wie folgt zusammen:

Grundsteuer A 18.000 €, Grundsteuer B 82.500 €, Gewerbesteuer 29.000 € und Anteil an Einkommensteuer 220.000 € = 349.500 €. Dazu kommen Zuwendungen und allgemeine Umlagen und sonstige ordentliche Erträge = gesamt 416.400€

Gegen Filz und Korruption!



Um den Fehlbetrag auszugleichen, wurden in der Gemeinde Lüdersburg die Grundsteuer A und B um 10 % (neu 330%) erhöht und die Gewerbesteuer um 20 % (neu 340%) erhöht.

Die Erträge setzten sich wie folgt zusammen:

Grundsteuer A 18.000 €, Grundsteuer B 82.500 €, Gewerbesteuer 29.000 € und

Anteil an Einkommensteuer 220.000 € = 349.500 €. Dazu kommen Zuwendungen und allgemeine Umlagen und sonstige ordentliche Erträge = gesamt 416.400 €

Die Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen: Aufwendungen für aktives Personal 1.500 €, Sach- und Dienstleistungen 54.500 €, Abschreibungen 51.200 €, Zinsen 9.800 €, Transferaufwendungen 280.500 €, sonstiges 51.100 € = gesamt 448.600 €.

Die Aufwendungen der allgemeinen Umlagen, die abzuführen sind, betragen lt. Plan 2010 an Gewerbesteuerumlage 6.000 €, Kreisumlage 179.800 € und Samtgemeindeumlage 92.400 € = 278.200 €.

Im Finanzhaushalt ist darauf zu achten, dass die Einzahlungen aus der lfd. Verwaltungstätigkeit der Deckung der Auszahlungen und der Auszahlung für ordentliche Tilgung dienen. Der Finanzhaushalt der Gemeinde Lüdersburg entspricht den Anforderungen nicht komplett, weil Einzahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit nicht reichen, um auch die für die Tilgung notwendigen Auszahlungen zu decken. Aber dieses sollte in den Folgejahren wieder möglich sein.

Der Finanzhaushalt beträgt bei den Einzahlungen 395.300 € und bei den Auszahlungen 398.400 €.

Die Samtgemeinde unterstützt die Gemeinden bei der Erstellung des Haushaltsplanes und der Haushaltssatzung.

Die Pro-Kopf-Verschuldung in der Gemeinde Lüdersburg liegt bei ca. 340 €.

Im Haushaltsplan sind ca. 35.000 € für den Kindergarten veranschlagt. Die Vereine und Freiwillige Feuerwehr erhalten freiwillige Zuschüsse. Die Haushaltspläne sind in den letzten 3 Jahren ähnlich gewesen, weil es nur wenig Handlungsfähigkeit gibt und die Schulden abgebaut werden. Geplant ist für das Haushaltsjahr 2011 ein weiterer Spiel- und Sportplatz. Ausweisung weiterer Baugebiete bzw. Vorrangflächen o.a. kommt nicht in Frage (festgeschrieben im RROP LK Lüneburg).

Sobald Mehreinnahmen durch z.B. Einkommensteuer zu erwarten sind, könnten neue Projekte geplant werden.

Seit 2006 ist die Entwicklung der Gemeinde gelähmt, weil Uneinigkeit im Rat ist und die Gemeinderatsmitglieder sich gegenseitig die Arbeit mit Anträgen schwer machen.

Die Gemeinde Lüdersburg ist seit März 2010 nicht mehr eigenständig. Die Verwaltung wird durch die Samtgemeinde (Gemeindedirektor) erledigt.



Sonja Jackmann

Bürgermeisterin der Gemeinde Lüdersburg
FREIE WÄHLER Scharnebeck

WG

Wählergemeinschaft Celle e.V.

• aktiv • bürgernah • parteilos • unabhängig

- Ratsfraktion -

29227 Celle, Jagdweg 29

☎ 05141 / 86667

Mobil 0160 / 95 95 91 81

Fax 05141 / 88 77 61

E-Mail: torsten-schoeps@t-online.de

Torsten Schoeps, Jagdweg 29, 29227 Celle

An die
Stadt Celle
-Der Oberbürgermeister-

29220 Celle

Antrag/ 2010

Celle, 21.11.2010

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

über folgenden Antrag bitte ich, beraten und entscheiden zu lassen:

Antrag

Die Entschädigung gem. § 2 Abs. 1 Nr.1 der Satzung über die Entschädigung der Ratsmitglieder...wird ab 1.1.2011 um 20% reduziert und die Entschädigungssatzung entsprechend geändert.

Begründung

Die Aufwandsentschädigungen sind dem Grunde und der Höhe nach in vollem Umfang berechtigt.

Unabhängig davon sollte der Rat mit seinen 42 Ratsmitgliedern für das erforderliche Haushaltssicherungskonzept mit gutem Beispiel vorangehen und selbst Opferbereitschaft zeigen. Diese sollte im Zuge der erforderlichen Konsolidierungsbemühungen für den Celler Haushalt nicht nur den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt abverlangt werden. Soziale Härten für die Mandatsträger dürften sich hieraus nicht ergeben, da diese Aufwandsentschädigung nicht zur Finanzierung des Lebensunterhaltes gedacht ist, sondern nur zur Dämpfung von Mehrkosten, die durch die ehrenamtliche Tätigkeit entstehen.

Der Betrag, der sich hieraus ergeben würde (28.224 Euro) reicht beinahe aus, um die ab 2011 vorgesehene Übernahme der Leihgebühren für die Lernmittelausleihe für die Celler Grundschülerinnen und Grundschüler, die von der Wählergemeinschaft Celle e.V. ausdrücklich unterstützt wird, für alle Grundschulkinder gegenzufinanzieren (Mehrkosten jährlich etwa 30.000 Euro).

Damit dürften die Beträge, die dem Verzicht zu Grunde liegen, gut und zukunftssträftig angelegt sein. Dieses vorbildliche Verhalten der Celler Ratsmitglieder könnte positiv „Schule machen“.

Mit freundlichen Grüßen
gez. *Torsten Schoeps*
(Fraktionsvorsitzender)

gez. *Frank Pillibeit*
(Beigeordneter)

Gastbeitrag

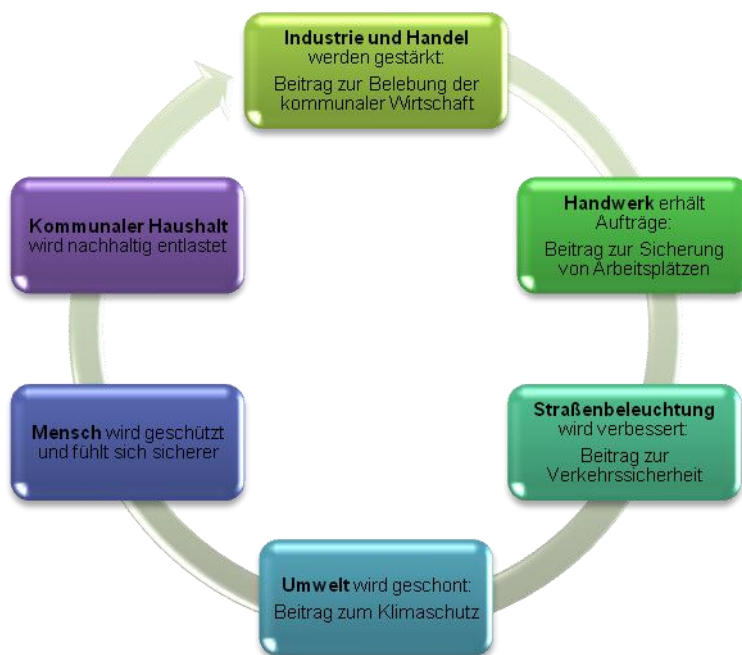
Einsparpotential bei der Straßenbeleuchtung trotz leerer Kassen durch Contracting Fremdes Kapital nutzen und Geld sparen



Mehr als ein Drittel der heutigen Straßenbeleuchtung ist älter als 20 Jahre und somit in einem technisch veralteten Zustand. Oftmals ist die Betriebssicherheit nicht mehr gegeben, die eingesetzten Quecksilberdampfleuchten genügen nicht mehr den gesetzlichen Vorschriften und müssen ausgetauscht werden. Der Gesetzgeber verbietet bekanntlich ab 2015 den Einsatz von Quecksilberdampfleuchten. Es besteht also Handlungsbedarf, wenn man die Bürger nicht im Dunkeln stehen lassen möchte ohne dabei zu viel Geld auszugeben. Häufig kommen Vorschläge wie: einfach die Brenndauer zu reduzieren oder sogar die Straßenbeleuchtung ganz abzuschalten - sehr unattraktive und kaum sinnvolle Maßnahmen.

Eine Möglichkeit die Straßenbeleuchtung zu sanieren, ist das Energie-Einspar-Contracting, ein Modell aus dem sogenannten Public-Private-Partnership (PPP). Beim PPP-Contractingmodell übernimmt ein privater Auftragnehmer den Einbau bzw. die Optimierung der Straßenbeleuchtung. Das Leistungsentgelt orientiert sich im Gegensatz zu den anderen Vertragsmodellen nicht an den Investitionskosten, sondern an den bisherigen Energiekosten des öffentlichen Auftraggebers. Aus diesem Grund besteht ein erheblicher Anreiz für den privaten Auftragnehmer durch eine Optimierung die Energiekosten zu senken.

Contracting ist ein Win-win-Modell bei dem beide Vertragspartner profitieren. Aufgrund von besonderen Kenntnissen, finanziellen Anreizen und der vertraglichen Verpflichtung des Contractors können wirtschaftliche Einsparpotentiale besonders effizient ausgenutzt und Sparmaßnahmen weitaus schneller durchgeführt werden. Eine signifikante Verringerung der Betriebskosten, geringere Ausfallraten, Wert- und Attraktivitätssteigerung und die Reduzierung von Treibhausgasen sind die Folgen - ohne eigene finanzielle Mittel oder einer zusätzlichen Belastung der Haushaltskasse. Was heute bereits in den Kommunen für Kopierer oder Fahrzeuge funktioniert, lässt sich auf viele Bereiche übertragen z.B. Beleuchtungsanlagen von Schulen, Kliniken, Turnhallen oder Rathäuser.



Nähere Informationen erhalten Sie bei

Schnieders engineering concepts
Ingenieurbüro Emden GmbH

Technische Gebäudeausstattung

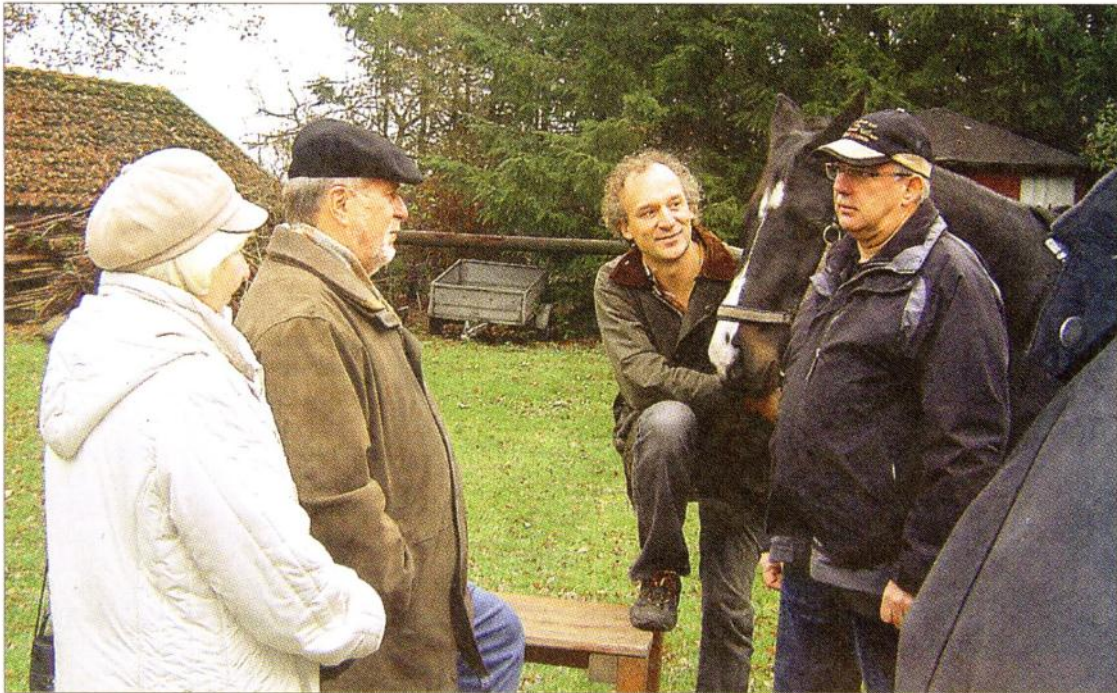
Meister-Geerds-Straße 1 * 26721 Emden * Telefon 04921-993895-0

office@schnieders-emden.de * www.schnieders.de

Claus-Dieter Büscher

 **schnieders**
Ingenieurbüro Emden

Erschienen in der Nord-West-Zeitung.



Gerd von Seggern (Mitte) stellte die Arbeit der Gruppe den Freien Wählern (von links: Erika Vogel, Otto Sackmann, Arnold Hansen) vor.

BILD: MARGRIT TIMMERMANN

Warmer Regen für die Shaika-Gruppe

REITEN Freie Wähler unterstützen Projekt mit Behinderten

MEIERHAFE/KK – Können Menschen zum Beispiel mit Down-Syndrom oder Autismus durch Reiten gefördert werden? „Ja“, sagt Gerd von Seggern. Wie viel der Umgang mit Pferden bringen könne, das zeige seit zehn Jahren die „Shaika-Gruppe“ auf seinem Hof in Meierhufe. Am Freitag fand die weitgehend ehrenamtliche Arbeit der Gruppe Anerkennung aus der Politik: Die Freien Wähler aus Gandekesee und Delmenhorst waren gekommen, um das Projekt auch finanziell zu unterstützen.

In der Shaika-Gruppe, so berichtete von Seggern, würden sich etwa fünf bis acht Personen engagieren. Ge-

meinsames Ziel sei es, Menschen mit geistiger Behinderung etwas zu ermöglichen, was ihnen sonst vorenthalten bliebe – das Reiten.

Bis zu fünf meist junge Menschen pro Woche nähmen teil. Die Sicherheit stehe dabei ganz oben, betonte von Seggern.

Was die Teilnehmer in Meierhufe erwartet, ist mehr als „nur“ das Reiten auf Uthopia oder Starwind: Erst gilt es, das Pferd von der Weide zu holen, es zu putzen, dann vorzubereiten für den Ausritt. Kombiniert wird das Reiten mit therapeutischen Übungen.

Ein Ziel sei es, mit dem Angebot Ängste abzubauen, erläuterte von Seggern. Das

werde insbesondere bei Teilnehmern mit Autismus deutlich. Das Pferd werde zum Mittler zwischen Teilnehmer und Therapeut. Bei Teilnehmern mit Down-Syndrom habe sich gezeigt, dass Gleichgewichts- und Orientierungssinn spürbar verbessert würden. Und: Das Reiten bereite allen Freude.

Mit den 600 Euro von den Freien Wählern wird die Shaika-Gruppe zum einen Behinderte unterstützen, die sich eine Teilnahme ansonsten nicht leisten könnten. Darüber hinaus wird neues Material gekauft – Putz-Utensilien beispielsweise, auch eine Reitdecke oder Sicherheitsbekleidung.